

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **zum MZ-Artikel „Neuer Wertstoffhof in Planung“ vom 28. Juli 2020**

Die Gemeinde Wenzenbach plant die Verlegung und den Neubau des Wertstoffhofs auf dem Gebiet der Oberen Zell, der Gemeinderat hat dieser Planung am 21. Juli zugestimmt.

Hintergrund ist wohl die Meinung, der Wertstoffhof genüge nicht mehr „modernen“ Anforderungen, außerdem will man Platz schaffen für eine Erweiterung des benachbarten Bauhofs, der dann auf das Gelände des bestehenden Wertstoffhofs ausgeweitet werden könnte.

Die Notwendigkeit beider Maßnahmen –Erweiterung des Bauhofs sowie Vergrößerung des Wertstoffhofs- darf angezweifelt werden. Sowohl persönliche Gespräche als auch zahlreiche Äußerungen bei Facebooks „Wenzenbachern“ zeigen, dass viele Bürger mit dem bestehenden Wertstoffhof zufrieden sind. Bei vernünftigem und respektvollem Verhalten ist die aktuelle Situation durchaus in Ordnung, wenn es auch auf den Parkplätzen manchmal eng wird. Mit erweiterten Öffnungszeiten könnte die Lage noch verbessert werden.

Nach unserer Einschätzung hat auch das Bauhofgelände noch Potenzial vor allem um die überdachten Flächen zu vergrößern.

Sollten bei beiden Einrichtungen die Erweiterungs- bzw. Verbesserungsmöglichkeiten nicht ausreichen, so wäre eine Verlegung des Bauhofs die u. E. bessere Lösung. Ein Bauhof muss nicht direkt im Hauptort liegen, er könnte z. B. in ein Gewerbegebiet –auch in einem anderen Gemeindeteil- verlegt werden. Ein ortsnaher, fußläufig zu erreichender Wertstoffhof ist gerade für ältere Bürger wichtig, deshalb ist der jetzige Standort fast ideal.

Für den geplanten Pendlerparkplatz, der ebenfalls auf der Oberen Zell entstehen soll, gibt es bei der B16-Auffahrt innerhalb des Rampenbogens eine weit bessere Fläche, die zudem eine Bushaltestelle viel einfacher und sicherer ermöglichen würde.

Die Obere Zell steht seit vielen Jahren im Fokus von Politikern und Investoren, eine Bebauung konnte bisher verhindert werden. Die SPD war in der Vergangenheit übrigens stets gegen eine Bebauung dieses Areals im Außenbereich, ebenso wie die übergeordneten Behörden im Landratsamt und bei der Regierung der Oberpfalz. Es galt auch bisher der Grundsatz, dass die B16 neu nicht für eine Bebauung übersprungen werden sollte und offensichtlich ist man zumindest im Landratsamt immer noch dieser Meinung. Abgesehen von dem erheblichen Eingriff ins Landschaftsbild sind mit dem geplanten Vorhaben eine weitere Naturzerstörung, Flächenverbrauch und –versiegelung verbunden. Dies alles widerspricht den Bezeugungen aus der Politik und auch den Vorgaben in der Landesplanung. Deshalb lehnt der BUND Naturschutz die aktuelle Planung entschieden ab.